

Kurzmeldungen

Mit Gefängnisstrafen von 12 bis 32 Jahren wurden 81 Soldaten, darunter zwölf Offiziere bestraft, die sich an dem Putschversuch vom August 1987 beteiligt hatten. Sie erhielten damit die bisher härtesten Strafen im Zusammenhang mit einem Putsch.

Über 200 Soldaten, die an dem Putschversuch im Oktober in Mindanao beteiligt waren, sind entlassen worden.

vgl. PND 21.1.91

Gefängnisstrafen von 144 Jahren wurden von einem Gericht in Bohol gegen zwei Guerillakämpfer der NPA ausgesprochen, die der Tötung von acht Soldaten überführt worden waren.

vgl. DG 28.1.91

Der Anführer der Militärröbellenorganisation YOU (Young Officer's Union), Major Abraham Purugganan und Victor Batac, Propagandachef der RAM (Revolutionary Alliance of the Masses) sind in Manila verhaftet worden.

vgl. PND 18.2.91

Die Abfüllbetriebe von Coca Cola und Pepsi Cola in Davao sind von der Umweltbehörde DENR (Department of Environment and Natural Resources) wegen Mißachtung der Abwasservorschriften geschlossen worden. Seit mehr als zehn Jahren leiten die Betriebe ihr Schmutzwasser in den Golf von Davao bzw. in den Fluß Talamo. Der Bürgermeister von Davao entzog beiden Firmen die Betriebs-erlaubnis.

vgl. MC 24. u. 27.1.91

Dementiert hat die Kommunistische Partei der Philippinen (CPP) Berichte des Militärs, wonach sie eine Allianz mit Militärröbellen geschlossen haben soll. Nicht einen Putsch, sondern die Volksrevolution strebe sie weiterhin an, um die Regierung zu stürzen. Die Militärröbellen seien keine potentiellen Verbündeten, solange sie proimperialistische und faschistische Positionen vertreten, so die CCP.

vgl. PDI 3.12.90

Dreißigtausend Menschen haben sich im Dezember einer Menschenkette entlang der

Einigung mit IWF über Stabilisierungsprogramm – Details geheim

Ende Januar haben die philippinische Regierung und der Internationale Währungsfonds (IWF) sich auf einen neuen Stabilisierungsplan geeinigt. Für die Laufzeit von 18 Monaten werden die Philippinen Standby-Kredite in Höhe von 375,3 Millionen Dollar erhalten. Zum Vergleich mit früheren IWF-Krediten ist diese Summe deutlich niedriger. Mit der Verabschiedung des Abkommens durch den IWF-Vorstand sollen auch bereits zugesagte, aber bisher blockierte Gelder aus anderen offiziellen und kommerziellen Quellen in Höhe von mindestens 715 Millionen Dollar freigegeben werden.

Bisher weigert sich die Regierung, Details aus dem vereinbarten Wirtschaftsprogramm zu veröffentlichen, nicht einmal der Senat wurde über Einzelheiten informiert. Es ist jedoch offensichtlich, daß es sich vor allem um weitere Spar- und Stabilisierungsmaßnahmen handeln dürfte. In den vergangenen Monaten hatte ein Preisschock durch Ölpreiserhöhungen von zunächst 30 und später nochmals 32 Prozent, die auf Forderungen des IWF zurückgingen, zu überdurchschnittlichen Teuerungen, einer Inflationsrate von 11 Prozent und erbitterten Streiks geführt. Hauptziel der Vereinbarungen mit dem IWF sind die Verringerung des Defizits im öffentlichen Dienst sowie der völlige Abbau von Ölpreissubventionen. Für 1991 wird ein Wachstum von zwei, für 1992 von vier Prozent angestrebt. Gewerkschaften und Basisorganisatio-

wichtigsten Straße in Nueva Ecija angeschlossen, um gegen Umweltzerstörung zu protestieren.

vgl. MC 11.12.90

Aus dem Bondoc-Projekt zurückgezogen haben sich zwei philippinische Bauern-NGOs. Auch nach dreijähriger Vorbereitungszeit seien keine wesentlichen Korrekturen vorgenommen worden, um die Erfolgchancen des Projekts zu erhöhen, außerdem fehle als wichtige Voraussetzung weiterhin die Umsetzung der Landreform, begründen sie ihren Schritt.

Senator Wigberto Tanada rief im Januar zu einem Waffenstillstand auf der Bondoc-Halbinsel auf, damit das Projekt realisiert werden könne. Ein Regierungs-

nen wie die „Freedom from Debt Coalition“ (FDC) protestierten gegen das Abkommen und die daraus zu erwartenden Steuer- und Preiserhöhungen. Zehn von 23 Senatoren haben bereits ihre Opposition zu dem Maßnahmenpaket angekündigt. Die Regierung ist entschlossen, gegebenenfalls auch das Parlament zu umgehen, um die Maßnahmen durchzusetzen, so soll die Präsidentin von ihrem Vetorecht bei der Budgetverabschiedung Gebrauch machen.

Aus Japan hat die philippinische Regierung umfangreiche Kreditzusagen erhalten. Bereits im November waren 200 Millionen Dollar Erdbebenhilfe zugesagt worden. Ende Januar kündigte Tokio 280 Millionen Dollar zur Meisterung der Wirtschaftsprobleme durch den Golfkonflikt an und 358 Millionen für Entwicklungsprogramme und versprach, bei der nächsten Sitzung für das „Philippine Assistance Program“ (PAP) nochmals Kredite zur Verfügung zu stellen. Dieses Kreditpaket ist das bisher umfangreichste, das Japan je den Philippinen in Aussicht gestellt hat. Diese massive Unterstützung für Manila ist vor allem durch strategische Überlegungen motiviert, wie aus einem japanischen Papier hervorgeht, das die Bedeutung für die ganze Region betont.

vgl. PND 10.12.90; 18.2.91; FEER 31.1.91

Versuche zum Krisenmanagement

Eine Kabinettsbildung, ein Sparplan für die Regierungsbürokratie sowie diverse Wirtschaftsmaßnahmen und Initiativen auf dem Schuldensektor,

ausschub werde die Errichtung einer sogenannten Friedenszone auf Bondoc diskutieren.

vgl. DG 29.10.90; PDI 16.1.91

Scharf kritisiert hat das Exekutivkomitee der Kommunistischen Partei CPP die Aktionen der Stadtguerilla Alex Boncayao Brigade (ABB) während des Generalstreiks im Oktober. Mitglieder der Brigade hatten fünf Busse in Brand gesetzt. Solche Aktionen würden das Volk lediglich von der revolutionären Bewegung entfremden, warnt das Parteiorgan.

vgl. PND 26.11.90

Reiche Erdgasvorkommen vor der Küste Palawans werden ab

das sind neben dem Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds die wichtigsten Schritte der Aquino-Regierung, die sich abzeichnende Rezession aufzuhalten. Zum Jahresende ersetzte die Präsidentin drei Minister und kündigte an, die aufgeblähte Regierungsbürokratie auf ein effektives Maß zurückzustutzen. So wird etwa die Zusammenlegung mehrerer Ministerien erwogen, rund 120 000 Regierungsangestellte, das sind etwa 5 Prozent, werden ihren Arbeitsplatz verlieren.

Der geschäftsführende Minister (Executive Secretary) Catalino Macaraig stürzte über die von ihm mitverantwortete Ölpreispolitik der Energiebehörden. Er wird durch den bisherigen Transportminister Oscar Orbos ersetzt. Handelsminister José Conception, gegen den der Kongreß wegen des Verdachts persönlicher Bereicherung ermittelt, reichte seinen Rücktritt ein. Sein Ressort wird von Tourismusminister Peter Garrucho zusätzlich übernommen, Verkehrsminister Estuar wird ersetzt durch José de Jesus.

Im Januar hat die Regierung ihre Subventionierung der Strompreise gestrichen, Preiserhöhungen von 4-10 Prozent werden erwartet. Auf alle Importe wird seit Jahresbeginn eine Steuer in Höhe von 9 Prozent erhoben, um Geld in die Regierungskassen zu bringen. Der Schuldendienst an in- und ausländische Gläubiger wird 1991 gegenüber dem Vorjahr um knapp 20 Prozent auf 107,7 Milliarden Pesos steigen und damit 41,34 Prozent des Budgets verschlingen. Bei einer Zinsrate von 35 Prozent fallen zunehmend die

März von Shell Niederlande und der US-Gesellschaft Occidental Petroleum ausgebeutet werden. Die kommerzielle Nutzung soll 1997 beginnen. Zwar sind die Gasvorkommen ausreichend, um gut die Hälfte des philippinischen Energiebedarfs zu decken, eine Senkung der Energiepreise ist dadurch jedoch nicht in Sicht. Die Regierung sicherte den Unternehmen nämlich zu, daß das Gas auch an philippinische Käufer nur gegen harte Dollars abgegeben wird. Eine dafür nötige Gesetzesänderung wird vom Kongreß zur Zeit beraten.

vgl. DG 24.11.90; MC 26.11. u. 2.12.90

Schulden bei einheimischen Geldgebern ins Gewicht. Ende des Jahres hatte Präsidentin Aquino erstmals davon gesprochen, vom Diktator Marcos aufgenommene Kredite, die nicht dem Volk zugute gekommen waren, nicht zurückzahlen. Das Justizministerium begann daraufhin mit der Prüfung der rechtlichen Voraussetzungen für einen Rückzahlungsstopp bei sechs konkreten Krediten, darunter dem für Atomkraftwerk Bataan. Große Hoffnungen setzte die Regierung auch auf Verhandlungen mit Marcos Witwe Imelda, die im November fünf Milliarden Dollar aus dem Familienvermögen als Entschädigungszahlung anbot. Das Geschäft wurde wegen heftiger Proteste jedoch fallengelassen, die Regierung hofft nun auf den Ausgang eines Erpressungsprozesses gegen Imelda in Los Angeles, wo es ebenfalls um fünf Milliarden geht. Auch mit dem Marcos-Günstling Roberto Benedicto soll ein Handel geschlossen werden: Gegen Zahlung von 1,2 Milliarden Pesos will die Regierung ihre Anlage gegen ihn fallenlassen. Falls der Oberste Gerichtshof das Abkommen billigt, wird Benedicto den Großteil seiner beschlagnahmten Akten und seine Wirtschaftsmacht zurückerhalten.

vgl. FEER 8.11., 10. u. 27.12.90; 10.1., 17.1., 24.1., 7.2.91; AW

23.11.90; NZZ 10.11.90; PND 7.1., 21.1., 18.2.91

Polizei organisatorisch vom Militär getrennt

Neuer Generalstabschef

Seit Anfang des Jahres gibt es wieder eine vom Militär getrennte philippinische Polizei, die PNP (Philippine National Police). Sie untersteht dem neu geschaffenen „Department of Interior and Local Government“ (DILG). Direktor der neuen Polizeitruppe ist der bisherige Chef der nun aufgelösten „Philippine Constabulary“ (PC), Cesar Nazareno. Die Abtrennung der Polizei vom Militärapparat erfüllt eine Klausel der Verfassung von 1987, die eine zivile Polizei vorsieht. Diktator Marcos hatte die PC 1976 dem Militär einverleibt und sie so der Kontrolle der lokalen Zivilbehörden entzogen. Doch auch weiterhin wird es eine enge Zusammenarbeit zwischen Polizei und Militär geben. Verteidigungsminister Ramos äußerte bereits die Absicht, die PNP noch stärker in die Aufstandbekämpfung miteinzubeziehen. Personell werden alte PC und neue PNP ohnehin weitgehend identisch sein. Als Kontrollgremien sollen in jeder Stadt und in allen Wahlbezirken „People’s Law Enforcement Boards“ (Plebs) geschaffen werden.



Biazon.

aus: FEER, 3.1.91

Als Nachfolger für den in Ruhestand getretenen General Renato de Villa ernannte Präsidentin Aquino seinen Stellvertreter General Rodolfo Biazon zum neuen Generalstabschef der Armee. Der umstrittene Biazon bleibt jedoch vermutlich nur bis April im Amt, wenn er selbst das Pensionsalter erreicht.

Auch das Militär ist von den Ölpreiserhöhungen betroffen, so mußten angeblich die Kampfhandlungen reduziert werden, um das Budget nicht zu überschreiten. Für 1991 wird ohnehin eine Etat Kürzung erwartet.

vgl. FEER 13.12.90 u. 3.1.91; PND 21.1.91

Golfkrieg: Unterstützung für USA – wenig Hilfe für philippinische Gastarbeiter im Krisengebiet

Nachdem noch im Dezember Diskussionen über die Nutzung der philippinischen US-Basen im Golfkonflikt die innenpolitische Landschaft bestimmt hatten, ist die Regierung inzwischen eindeutig in die Rolle des treuen Verbündeten der USA geschlüpft. Offiziell werden die großen US-Basen Clark und Subic für logistische Aufgaben genutzt und spielten für den Truppenaufmarsch keine zentrale Rolle, doch wurden zahlreiche Schiffe und ihre Besatzungen in Subic für ihren Einsatz am Golf vorbereitet. In einer Erklärung kurz nach Kriegsbeginn unterstrich Präsidentin Aquino ihre volle Unterstützung für die militärischen Aktionen der USA und ertete dafür telefonisches Lob des US-Präsidenten. Die Regierung hat bereits ein medizinisches Hilfsteam nach Saudi Arabien geschickt und erwägt auch die Entsendung von Ingenieuren aus dem Militär für nichtkämpferische Einsätze. Bei einer Protestkundgebung philippinischer

Muslime in Marawi City unterstrich der Vize-Bürgermeister, daß die Präsidentin für ihre Politik der Parteinahme und Einmischung nicht die Unterstützung der philippinischen Muslime habe. Nach einem gescheiterten Bombenattentat in Manila wurde im Januar ein Iraker verhaftet und kurz darauf der irakische Botschafter des Landes verwiesen.

Die NDF (National Democratic Front) hat wiederholt mit einer „umfassenden politischmilitärischen Offensive“ gegen die US-Basen gedroht, sollten diese für eine militärische Intervention am Golf genutzt werden. Die progressiven Massenorganisationen der Arbeiter und Bauern, KMU (Kilusang Mayo Uno) und KMP (Kilosang Magbubukid ng Pilipinas), verurteilten in Erklärungen zum Golfkrieg die irakische Invasion Kuwaits, stärker jedoch die Intervention der USA. Der Gewerkschaftszusammenschluß KMU warnte die Regierung davor, den Krieg als Anlaß

für neue Notstandsregelungen auf den Philippinen zu machen und forderte sie auf, sich intensiver um die philippinischen Kontraktarbeiter im Mittleren Osten zu kümmern.

Entgegen Versicherungen der Regierungen, die Evakuierung von Filipinos aus dem Kriegsgebiet gehe zügig voran, sind viele Kontraktarbeiter verbittert über die Vernachlässigung ihrer Belange. Nur rund 10.000 der insgesamt 110.000 an der Grenze zum Irak und Kuwait beschäftigten Filipinos wurden evakuiert und das zumeist auf Kosten ihrer Arbeitgeber. Offizielle Politik der Regierung ist es, die Gastarbeiter aus dem Kriegsgebiet in Camps in Saudi Arabien zu bringen und nicht in die Heimatländer zurückzufliessen. Die Fremdarbeiterorganisation KAIBIGAN forderte die Regierung auf, ihre Politik des Arbeitskräfteexports als wichtigen Einkommensfaktor für die Volkswirtschaft zu überdenken.

vgl. FR 21.1.91; FEER 27.12.90, 31.1.91; PND 21.1., 18.2.91; KMP statement 1.2.91; KMU statement 18.1.91; Joint Cumminique of the NDF and the Arab Baath Socialist Party 20.12.90

EINLADUNG

ZUR TEILNAHME AN EINEM WIRKLICH HISTORISCHEN EREIGNIS

Die jahrzehntelang verfolgten & vertriebenen südafrikanischen Oppositionellen kehren aus den Exilländern zurück.

Das ist möglich geworden.

Nicht möglich ist bisher die Unterbringung dieser Menschen in zumutbaren Wohnungen.

In einem ersten Schritt sollen für die Betroffenen 10 Häuser als Unterkunft beschafft werden.

Medico hat seine Hilfe verbindlich zugesagt – und hofft auf hiesige Unterstützung.

Spendenstichwort: „Rückkehrer-Südafrika“
Spendenkonto: 1800 Frankfurter Sparkasse (BLZ 500 501 02) oder Postgiro Köln 6999-508.

Neue Broschüren:

„INKATHA“ (Fakten, Daten, Hintergründe), 20 S. (4.-, incl. Porto in Briefmarken.)

MEDICO REPORT 12 „Die Rückgabe der geraubten Kulturgüter“, 3.- DM in Briefmarken.



Obermainanlage 7 · 6000 Frankfurt 1
Telefon: 0 69 / 4 99 00 41/2/3